

Widerspruch gegen Datenübermittlung nach dem Bundesmeldegesetz (BMG)

Das Bundesmeldegesetz (BMG) räumt Ihnen die Möglichkeit ein, in folgenden Fällen einer Übermittlung Ihrer Einwohnermeldedaten ohne Angabe von Gründen zu widersprechen:

- Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für Wehrpflicht**
(Soweit Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können Sie der Datenübermittlung gemäß § 36 Abs. 2 Satz 1 BMG in Verbindung mit (iVm) § 58 c Abs. 1 Satz 1 Soldatengesetz widersprechen)

- Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten aus Anlass von Alters- oder Ehejubiläen an Mandatsträger, Presse und Rundfunk**
(Sie können der Datenübermittlung gemäß § 50 Abs. 5 BMG iVm § 50 Abs. 2 BMG widersprechen)

- Widerspruch gegen die Übermittlung der Daten an Adressbuchverlage**
(Sie können der Datenübermittlung gemäß § 50 Abs. 5 BMG iVm § 50 Abs. 3 BMG widersprechen)

- Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an eine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft, der nicht die meldepflichtige Person angehört, sondern Familienangehörige der meldepflichtigen Person angehören**
(Sie können der Datenübermittlung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BMG iVm § 42 Abs. 2 BMG widersprechen)

- Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen bei Wahlen und Abstimmungen**
(Sie können der Datenübermittlung gemäß § 50 Abs. 5 iVm § 50 Abs. 1 BMG widersprechen)

Wenn Sie der Übermittlung Ihrer Daten widersprechen möchten, kreuzen Sie bitte die gewünschte Übermittlungssperre an und unterschreiben Sie diesen Vordruck unter Angabe ihrer Daten.

Familienname : _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

Ort, Datum

Unterschrift

Die aufgrund dieser Erklärung eingereichte Übermittlungssperre ist bis auf Widerruf gültig!